

Stellungnahme von Patricia Lorenz Antinuclear Campaigner

für die öffentliche Anhörung im Bundestag am 11. Juni 2012 zu EURATOM

Diese Stellungnahme reflektiert die wichtigsten Punkte der beiden Anträge, denen im Grundgedanken zuzustimmen ist. So ist zum Beispiel die Frage einer geänderten Geschäftsgrundlage zu betrachten. Weder gibt es einen Konsens zur „Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie“ noch hat der Euratom-Vertrag dies seit 1957 zuwege gebracht.

Dieser Punkt ist der zentrale. Nicht nur ob tatsächlich alle 27 Mitgliedsstaaten und die EU-Bürger die Kernenergie oder einen Ausstieg wollen, sondern ob diese Industrie überhaupt noch lebensfähig und förderwürdig ist.

Wirtschaftlichkeit neuer Atomkraftwerke

Diese wird neuerdings ganz offen als nicht gegeben eingestanden, ein lautes Rufen nach öffentlichen Subventionen und Fördermechanismen erschallt durch ganz Europa. Der Neubau des KKW Belene in Bulgarien ist an den Kosten gescheitert, die zunächst genannten 4 Milliarden Euro für ca. 1000 MW explodierten auf 10,35 Milliarden Euro (laut HSBC für die bulgarische Regierung), bis das Projekt im Frühjahr 2012 endgültig für gescheitert erklärt wurde. Leoš Tomíček, Vizepräsident von Rusatom Overseas, der das Konsortium MIR 1200 vertritt und den Auftrag für die Errichtung von Temelin 34 gewinnen soll – im übrigen die einzige Ausschreibung für ein KKW in ganz Europa und vermutlich weltweit - folgende klaren Worte gefunden: Rusatom ist bereit 100 % Finanzierung für das Projekt mitzubringen, wobei das Unternehmen dies bei so gut wie allen seinen KKW-Neubauprojekten tut, weil dies heutzutage gar nicht mehr anders möglich ist. Wenn somit Rusatom zum Zug kommt, wäre es wahrscheinlich, dass das russische staatliche Unternehmen die Finanzierung ermöglicht, nämlich über den russischen Staatshaushalt. Andere strategische Investoren haben sich nicht gefunden, RWE hat klar abgewunken, Gerüchte sprechen von Finanzierungsangeboten aus China und Südkorea.

In Großbritannien sucht die Regierung offen nach Subventionsmöglichkeiten um einen Neubau zu ermöglichen. Dort haben in den letzten Monaten Eon, RWE und SSE sich aus dem potentiellen Neubau zurückgezogen, die Gründe waren galoppierende Kosten. EdF, als Partner von Centrica, erklärte dass die Kosten für das neue KKW um 40% gestiegen sind, d.h. von 12 Mrd. Euro auf nun 17,4 Mrd. Euro (2 EPR á 1600 MW) – die mit Abstand teuerste Energiequelle.

Einer der Gründe auch in GB für die öffentliche Förderung der kommerziell nicht finanzierbaren Atomkraftwerke sind Annahmen wie z.B. von Ed Davey, dem britischen Energiestaatssekretär, es handle sich um die „billigste Möglichkeit zur Dekarbonisierung des Energiesystems“.

CO2 und Energiebilanz von Atomenergie

Nur einen kurzen Anstoß zur Diskussion um den Beitrag von Atomenergie zur CO2 Reduktion, auf diesem Argument basieren schließlich die aktuellen Begründungen. In der Zusammenfassung der zur Lebenszyklusanalyse der Atomenergie aus 2011 werden die Ergebnisse der Untersuchungen dargestellt:

Der Beitrag der Kernkraft für den Klimaschutz wird unter dem Aspekt der sinkenden Erzgehalte relativiert: Zwar kann die Kernenergie bei hohen Erzgehalten (0,1 bis 2 %) als „low-carbon“ bezeichnet werden. Bei Erzgehalten um 0,01 % steigen die CO₂-Emissionen allerdings bis auf 210 g CO₂/kWh_{el} an. Die Emissionen liegen zwar immer noch unter jenen von Kohle oder Öl (600–1200 g/kWh_{el}), aber deutlich über jenen von Wind (2,8–7,4 g/kWh_{el}), Wasserkraft (17–22 g/kWh_{el}) und Photovoltaik (19–59 g/kWh_{el}). Darüber hinaus ist der Einsatz von Kernenergie als Mittel zur Verringerung von Treibhausgasen teuer und langsam. Es dauert Jahrzehnte, bis eine Netto-Reduktion der THG eingetreten ist (Pasztor 1991; Findlay 2010). Die CO₂-Vermeidungskosten von Kernenergie sind höher als die jeder anderen möglichen Technologie mit Ausnahme traditioneller Kohlekraftwerke. Windkraftanlagen und KWK-Anlagen sind 1,5 mal so kosteneffektiv bei der Reduktion von CO₂ wie Kernenergie, Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis zu 10 mal so kosteneffektiv. Weitere Informationen sind in der zitierten Studie zu finden:

http://www.ecology.at/lca_nuklearindustrie.htm

Euratom und nukleare Sicherheit

Die beiden Anträge für die heutige Anhörung erwähnen mehrmals Euratom als notwendig für die nukleare Sicherheit mittels mehrerer Mechanismen. An dieser Stelle ist Vorsicht angebracht. Unter dem Vorwand von Sicherheitsverbesserungen werden Kredite gewährt, die jedoch dem Neubau und z.B. jetzt beim aktuellen Vorhaben der Lebensdauererlängerung sowjetischer Reaktoren in der Ukraine dienen.

Atomkraft ist nicht beherrschbar, Fukushima hat auch den Glauben an die westliche Technologie im Gegensatz zu Tschernobyl als Glaubensbekenntnis entlarvt. Die nun von Industrie angewendete Argumentation, dass vor allem die neuen Reaktoren der Generation III für z.B. Temelin der CR schwere Unfälle beherrschen würden, ist nur mit der Gegenfrage zu beantworten: Haben wir das denn nicht schon für die Reaktoren der II. Generation gehört? Nicht zu vergessen, dass der menschliche Faktor im weitesten Sinne, nämlich Genehmigung und Atomaufsicht versagt haben, ganze Methoden nicht mehr gelten, wie etwa die Genehmigung basierend auf probabilistischen Sicherheitsanalysen und die Aufsicht ausgeübt von einer geschlossenen Gesellschaft. Das ist in Europa nicht anders.

Ein aktuelles Beispiel wie viel Einfluss Deutschland bzw. die EU auf die **Verbesserung der nuklearen Sicherheit**, die bekanntlich nicht nur durch die technischen Anlagen sondern auch Sicherheitskultur und Transparenz bestimmt wird, ist die angestrebte Vergabe eines Kredits für die ukrainischen Reaktoren. In einer Beantwortung einer Anfrage vom Mai dieses Jahres zeichnet sich ein düsteres Bild ab: Die deutsche Bundesregierung akzeptiert die Tatsache, dass unter Geheimhaltung und nicht tragbaren Politiken ein Kredit für veraltete Atomkraftwerke vergeben wird. Die Erklärung, dass das die EU Kommission im Alleingang durchführen kann, bringt uns direkt in das heutige Thema und liefert die Antwort mit: Nein, EURATOM und seine Instrumente sind nicht mehr tragbar. (mehr zum Euratomkredit Ukraine s. Beilage)

Während die Befürworter gerne von Sicherheit und Strahlenschutz sprechen, sollte man doch der Grundsatzfrage nicht ausweichen: Womit qualifiziert sich Atomenergie denn um sich die bevorzugte Behandlung und resultierende Wettbewerbsverzerrung zu verdienen? Während es für die ursprünglichen Ziele keine Mehrheit gibt und sie nach nun 55 Jahren auch nicht erreicht wurden, werden Zusatzbeschäftigungen gesucht und gefunden: diverse Richtlinien ohne Inhalt wie z.B. zur nuklearen Sicherheit von 2009 und Atommüllentsorgung von 2011 und auf einer allgemeineren

Ebene neue Vorteile der Atomenergie, Klimaschutz, Versorgungssicherheit, nationale Unabhängigkeit in der Energieversorgung als Beispiele.

**Kein Kredit für das Programm
der Lebensdauererlängerung der Atomkraftwerke
in der Ukraine von der Europäischen Bank für Wiederaufbau
und Entwicklung (EBWE) und EURATOM**

Studie von Antonia Wenisch & Patricia Lorenz

im Auftrag von

CEE Bankwatch Network

März 2012

Zusammenfassung der Studie zum Euratomkredit für ukrainische Reaktorflotte

Dieser Bericht untersucht das „Ukrainische KKW Nachrüstungsprogramm“ (SUP) vor allem anhand des Umweltberichtes (EA) 2011 von Energoatom unter dem Aspekt der Kreditansuchen an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und EURATOM. Die EBWE bereitet einen Kredit von 300 Millionen Euro mit einer geplanten Entscheidung für September 2012 vor, EURATOM, die EU-Atomgemeinschaft, hat die Absicht den Kredit in Höhe von 500 (oder nur 300) Millionen im September 2012 zu beschließen.

Der ukrainische Projektbewerber für das SUP - Programm, der staatliche Kernkraftwerksbetreiber NEC Energoatom stellt in seinem SUP - Umweltbericht klar, dass es sich nur um Sicherheitsmaßnahmen handelt und nicht die Voraussetzungen für die Lebensdauererlängerungen der Reaktoren. Die vorliegende Studie stellt dar, dass es sich um eine irreführende Behauptung handelt: Die Maßnahmen des SUP sind so gestaltet, um ein ausreichendes Sicherheitsniveau für den verlängerten Betrieb zu erzielen, sind jedoch nicht wie behauptet für eine sichere Abschaltung nötig.

Während der Umweltbericht SUP behauptet, dass die geplanten Sicherheitsmaßnahmen nicht Teil der Lebensdauererlängerung sind um die Reaktoren länger als die im Originaldesign vorgesehenen 30 Jahre laufen zu lassen, zeigt dieser Bericht, dass die Sicherheitsmaßnahmen für die 15 Reaktoren Teil des Lebensdauererlängerungsprogrammes sind. Die Maßnahmen des SUP, wie etwa jene betreffend die Komponentenintegrität, zählen zu Vorbedingungen für die Lebensdauererlängerung. Folgende Fakten sind hier zu betrachten:

- Maßnahmen, die nur der Sicherheitserhöhung und nicht der Lebensdauererlängerung dienen würden, existieren nicht. Der SUP Umweltbericht versucht davon zu überzeugen, dass „die Sicherheitssysteme und andere essentielle Sicherheitsanlagen bis zur endgültigen Stilllegung und ersten Phase der Dekommissionierung, wenn die abgebrannten Brennstäbe entnommen werden, in Betrieb bleiben,“ und somit die Maßnahmen ohnehin notwendig wären. Die Jahresdaten, wenn die Reaktoren ihre Designlebensdauer erreichen, sprechen eine klare Sprache: ein Block im Jahr 2012, zwei 2014, zwei 2015, zwei Blöcke im Jahre 2016, zwei 2017 und zwei 2019 (S. Tabelle 1).
- Wirtschaftliche Machbarkeit – es handelt sich um Kredite, deren Rückzahlbarkeit zumindest ansatzweise darstellbar sein muss, EURATOM benötigt von der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine diesbezügliche Stellungnahme, die vermutlich auf der künftigen Stromproduktion dieser KKW aufbaut.

Offiziell um angesucht wurde bei diesen Europäischen Institutionen um die Finanzierung von sogenannten Sicherheitsprogrammen, die allerdings weder technisch noch wirtschaftlich darstellbar sind. Die Gründe dafür:

1. Die EBWE als auch die EURATOM Finanzierungskriterien ermöglichen nur die Kreditvergabe für Sicherheitserhöhungen, daher der Versuch, die Lebensdauererlängerung zu verschleiern;
2. Um eine Diskussion über die Alterungsprobleme des sowjetischen KKW zu verhindern, die bei Bekanntwerden der Pläne zur Verlängerung um 15 Jahre beginnen würde

3. Vermeidung einer Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung (SEA), denn das Sicherheitsprogramm heißt nicht nur Programm, sondern es handelt sich um eine Sektorpolitik, da der gesamte nukleare Stromproduktionsbereich modernisiert und dessen Betriebsdauer verlängert werden soll – es wurden sogar Pilotprojekte durchgeführt. Eine vollständige SEA würde auch die Darstellung von Alternativen zur Lebensdauererlängerung und grenzüberschreitende Beteiligung erfordern.

Dieser Bericht hält fest, dass außerhalb der Ukraine über das Reaktorprogramm nicht informiert wurde, vermutlich um die Nachbarstaaten daran zu hindern, eine vollständige SEA und UVP für diese hochsensible Frage zu fordern.

Tabelle 1: Inbetriebnahme und Ende der 30-jährigen Lebensdauer der Kernkraftwerke in der Ukraine

KKW	MWel	Reaktortyp	Kommerzieller Betrieb	Ende der Designlebensdauer
Zaporozhe				
1	1000	V-320	10.12.1984	10.12.2014
2	1000	V-320	22.07.1985	22.07.2015
3	1000	V-320	10.12.1986	10.12.2016
4	1000	V-320	18.12.1987	18.12.2017
5	1000	V-320	14.08.1989	14.08.2019
6	1000	V-320	19.10.1995	19.10.2025
Südukraine				
1	1000	V-302	31.12.1982	31.12.2012
2	1000	V-338	09.01.1985	09.01.2015
3	1000	V-320	20.09.1989	20.09.2019
Rivne				
1	420	V-213	22.12.1980	22.12.2010*
2	415	V-213	22.12.1981	22.12.2011*
3	1000	V-320	21.12.1986	21.12.2016
4	1000	V-320	10.10.2004	10.10.2034
Chmelnitzky				
1	1000	V-320	22.12.1987	22.12.2017
2	1000	V-320	08.08.2004	08.08.2034

*Die Lebensdauer wurde am 10. Dezember 2010 auf der Grundlage der Periodischen Sicherheitsüberprüfungen verlängert (SNRIU 2011)

Die Recherchen zu dieser Studie zeigten, dass außerhalb der Ukraine über das Reaktorprogramm nicht informiert wurde, vermutlich um die Nachbarstaaten daran zu hindern, eine vollständige SEA und UVP für diese hochsensible Frage zu fordern. Stattdessen wurde dieser Bericht angefertigt, für den die spezielle Bezeichnung „Ecological Assessment“ EA im Unterschied zum EIA-Report laut UVP-Richtlinie entworfen wurde. Dieser EA betrachtet keine grenzüberschreitenden Unfälle. Die vorliegende Studie zeigt, dass diese Vorgangsweise im Widerspruch zu Best Practice im Nuklearbereich steht und die internationalen Konventionen wie die ESPOO-Konvention über die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung oder Aarhus-Konvention über den Zugang zu Umweltinformation nicht und nicht einmal annähernd die relevante EU-Gesetzgebung erfüllt. Die EU

SEA Richtlinie würde zum Beispiel vorsehen, dass auch Alternativen zum Programm der Sicherheitsnchrüstungen und Lebensdauererlängerungen dargestellt werden müssen. Der Umweltbericht (EA) stellt hingegen einfach fest, dass es keine Alternativen zu den Sicherheitsnchrüstungen gibt und behauptet, dass diese Sicherheitsmaßnahmen auch für eine sichere Stilllegung notwendig wären. Das ist vollkommen unrichtig, denn für die Stilllegung sind nur Stromversorgung und Nachkühlung mit Wasser nötig, die wohl bei laufenden KKW ausreichend zuverlässig funktionieren sollten.

Wir erwarten von EURATOM, der Europäischen Kommission und der EBWE ihre eigenen Richtlinien einzuhalten und Good Governance, Beteiligung der Öffentlichkeit, Zugang zu Informationen und Good Practice bei der Anwendung der internationalen Konventionen wie dem Protokoll über die Strategische Umweltprüfung, ESPOO und Aarhus zu respektieren.

Generell ist festzuhalten, dass die Kernenergienutzung heute noch mehr Bedenken auslöst als vor der Nuklearkatastrophe in Fukushima. Die Europäischen Institutionen sollten Projektwerber dazu verpflichten, die Öffentlichkeit über ihre Projekte zu informieren und alle verfügbaren Instrumente zu nutzen, beginnend mit den ESPOO-Kontaktstellen. Es ist vollkommen unakzeptabel, wenn eine Finanzierung von Hochrisiko-Projekten von Europäischen Institutionen vorbereitet wird, ohne die EU-Staaten und ihre Öffentlichkeit davon zu informieren. Ein Jahr nach Fukushima würde die europäische Öffentlichkeit sicherlich Informationen darüber begrüßen, das bereits 30 Jahre alte KKW dank europäischer Gelder noch länger laufen sollen.

Der Umweltbericht EA und das Sicherheitsprogramm wurden Jahre vor Fukushima vorbereitet. Es ist nicht akzeptabel, die Finanzierung dieses Programms vor Abschluss der EU Stresstests zu beschließen, was erst im Juni 2012 der Fall ist.

Die EBWE und EURATOM wollen die Tatsache verbergen, dass sie finanziell und politisch zur Verlängerung von nuklearem Risiko für mindestens 15 Jahre beitragen. Das Argument, wonach die Ukraine auch ohne die europäischen Gelder die Atomkraftwerke weiterbetreiben würde ist beängstigend, impliziert dies doch, dass der ukrainische Betreiber und die Ukrainische Aufsichtsbehörde verantwortungslos handeln würden.

Die Ukrainische Aufsichtsbehörde hat bereits die Lebensdauererlängerung für die KKW Rivne 1 und 2 genehmigt, ohne die ESPOO Konvention zur Anwendung zu bringen. Das ESPOO Implementation Committee untersucht zurzeit, ob es zu einer Verletzung der Konvention gekommen ist. Wir gehen davon aus, dass sowohl EURATOM als auch EBWE keine Finanzierungszusage treffen, solange diese Frage nicht geklärt ist.

Einige der Modernisierungen stellen „signifikante Änderungen“ im Sinne der ESPOO-Konvention dar, wie etwa der geplante Einsatz von neuem Brennstoff. Eines der wichtigsten Ziele des Nchrüstungsprogramms SUP ist die Einführung von Nuklearbrennstoff der zweiten Generation mit effizienteren Brennstoffkampagnen, um den Neutronenfluss am Reaktordruckbehälter für eine reduzierte Versprödung zu regulieren. Diese Änderung wird im SUP-Umweltbericht nicht erwähnt, jedoch in der Staatlichen Energiestrategie. Allerdings führt höherer Abbrand dieses Brennstoffs zu erhöhtem Unfallrisiko und beschleunigt Unfallabläufe.

Die Verlässlichkeit der ukrainischen Nchrüstungsprogramme ist generell zu hinterfragen. Laut einer Pressemitteilung der EBRD aus dem Jahre 2006 (!) „erzielt das zurzeit laufende

Modernisierungsprogramm für alle Atomkraftwerke in der Ukraine eine Erhöhung auf international anerkanntes Sicherheitsniveau.“ Es stellt sich die Frage, wieso dann wiederum ein weiteres Programm nötig ist. Der nun vorliegende Bericht bietet auch einen Überblick über das sehr intransparente Management der Sicherheitsprogramme in der Ukraine. Es scheint so zu sein, dass die bis 2010 nicht umgesetzten Maßnahmen nun in das SUP –Programm für die Periode 2010 – 2017 verschoben wurden.

Abkürzungen

EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
SUP	Safety Upgrade Programme
SEA	Strategic Environmental Assessment/Strategische UVP
KKW	Kernkraftwerk
SNRIU	Ukrainische Nuklearaufsichtsbehörde

Weitere Informationen:

Langversion der Studie von Bankwatch CEE Network auf Englisch unter:

<http://bankwatch.org/publications/critical-review-ukraine-npp-safety-upgrade-program>

Erstellung dieser Kurzversion auf Deutsch: Patricia Lorenz, patricia.lorenz@foeeurope.org